

Hamburger Resolution des MIT-Bundesvorstands

Bürgerliche Kräfte gemeinsam für Deutschland

MIT unterstützt bürgerliche Regierung

Die Regierungsparteien haben für ihre klaren Wahlkampfaussagen zugunsten einer Politik für mehr Beschäftigung und Wachstum, die Entlastung der arbeitenden Bevölkerung und des Mittelstands, eine Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme sowie einen ordnungspolitischen Kurswechsel am 27. September 2009 den Regierungsauftrag erhalten. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP hat in diesem Sinne die inhaltliche Weichenstellung vorgenommen. **Die MIT unterstützt die bürgerliche Regierung und den vereinbarten ordnungspolitischen Kurswechsel ausdrücklich.**

Erfolg durch Geschlossenheit und gemeinsame Zielrichtung

Heute - ein halbes Jahr nach dem Start der bürgerlichen Regierung – haben die Menschen den Eindruck, dass weder eine gemeinsame Zielrichtung noch ein politisches Gesamtkonzept für die Regierungsarbeit existiert. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit der bürgerlichen Parteien insgesamt und es stellt bereits heute die Aussicht auf einen Erfolg sowie eine Wiederwahl der bürgerlichen Regierung im Jahre 2013 in Frage. **Wir fordern die drei Regierungsparteien daher auf, sich auf eine gemeinsame, geschlossene Regierungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu konzentrieren und die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Maßnahmen zeitnah und konsequent umzusetzen.**

Wirtschaftliche Dynamik und Wachstum in den Mittelpunkt

In den Mittelpunkt der Regierungsarbeit müssen Maßnahmen für wirtschaftliche Dynamik gestellt werden. Wirtschaftliche Dynamik ist Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung. **Wir fordern die Bundesregierung auf, Rahmenbedingungen zu schaffen, um mehr Menschen in Arbeit zu bringen, Innovationen und Investitionen zu fördern und Unternehmer sowie Unternehmensgründer zu unterstützen. Die Politik darf sich nicht länger darauf konzentrieren, Arbeitslosigkeit erträglicher ausgestalten zu wollen und zu verwalten. Ebenso darf das Vertrauen der Bürger und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen nicht durch den Entzug von Kaufkraft, eine höhere Belastung der Arbeitskosten und Kürzungen bei öffentlichen und privaten Investitionen gefährdet werden.**

Konsequente Konsolidierungspolitik

Es darf nicht verkannt werden, dass die strukturelle Verschuldung, die heute ca. 85% aller Schulden ausmacht, bereits vor der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise existierte. Alle Schulden kosten Wirtschaftswachstum und belasten spätere Generationen, denen man ihrer Zukunftsperspektiven und Gestaltungsspielräume beraubt. **Wir fordern die Bundesregierung auf, eine solide Haushalts- und Finanzpolitik zu verfolgen, die gesetzlich verankerte Schuldenregel einzuhalten und mit einer**

durchgreifenden Konsolidierungspolitik wieder mehr Gestaltungs- und Entlastungsspielräume zu schaffen. Alle staatlich übernommenen Aufgaben sowie Subventionen müssen auf ihre Notwendigkeit und Bürokratiebelastung hin überprüft und der Staat wieder auf seine Kernaufgaben zurückgeführt werden.

Politik für Leistungsträger statt nur für Leistungsempfänger

Das deutsche Sozialsystem ist in eine gefährliche Schieflage geraten. Die arbeitende Bevölkerung und der Mittelstand werden immer weiter belastet zugunsten der nicht arbeitenden Bevölkerung. Die verträgliche Belastungsgrenze ist seit langem überschritten. **Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Politik an den Leistungsträgern unserer Gesellschaft auszurichten, dem Anspruch „Arbeit muss sich lohnen“ wieder mehr Geltung zu verschaffen und die sozialen Sicherungssysteme so zu reformieren, dass sie Eigenverantwortung stärken, generationengerecht ausgestaltet sind und ein menschenwürdiges Existenzminimum ausschließlich für wirklich Hilfsbedürftige absichern.**